

Mittwoch (Vormittag), 24. Januar 2018

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

48 2017.RRGR.357 Motion 124-2017 Masson (Langenthal, SP)

Neue Technologie mit Energiespeicher – Will/kann der Kanton Bern eine Vorreiterrolle einnehmen?

Vorstoss-Nr.: 124-2017
Vorstossart: Motion
Eingereicht am: 06.06.2017
Eingereicht von: Masson (Langenthal, SP) (Sprecher/in)
Hässig Vinzens (Zollikofen, SP)
Weitere Unterschriften: 17
RRB-Nr.: 1112/2017 vom 25. Oktober 2017
Direktion: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

Neue Technologie mit Energiespeicher – Will/kann der Kanton Bern eine Vorreiterrolle einnehmen?

Der Regierungsrat wird beauftragt, unter Einbezug aller wichtigen Akteure, eine kantonale Strategie zum Thema Energiespeicher zu erarbeiten und dazu einen kurzen Bericht mit Chancen und Herausforderungen für den Kanton in dieser Thematik zu verfassen

Im Bericht sollen u. a. folgende Fragen zum Thema aufgezeigt werden:

1. Wie will/kann sich der Kanton positionieren?
2. Wie kann der Kanton für die verschiedenen Akteure gute Rahmenbedingungen schaffen?
3. Können für Projekte mit Energiespeicher finanzielle Anreize geschaffen werden?

Begründung:

Die Speicherung von Energie gilt als das grosse Thema in der Elektrizitäts- bzw. Versorgungsbranche. Damit gemeint sind hauptsächlich Entwicklung, Bau und Inbetriebnahme von Speichermedien, um den Eigenbedarf, zum Beispiel mit einer Photovoltaikanlage, zu erhöhen und einen wichtigen Beitrag an eine erhöhte Netzstabilität zu gewährleisten.

Heute gibt es kleinere Anlagen für zu Hause, die problemlos in einem Einfamilienhaus eingebaut werden können. Auf der anderen Seite werden bereits Speichereinrichtungen mit einer Kapazität von 80 Megawatt in Betrieb genommen, die rund 2500 Haushalte einen Tag lang versorgen können.

Verfolgt man diese rasante Entwicklung, stellt man ohne weiteres fest, dass diese Speichermöglichkeiten einen grossen Nutzen für alle Beteiligten haben. Es ist nicht ausgeschlossen, dass daraus neue Geschäftsfelder entstehen. Auf jeden Fall haben Speichermöglichkeiten einen positiven Effekt auf einen nachhaltigen Ressourcenverbrauch. Dies steht klar im Einklang mit der kantonalen Energiestrategie, wonach ein schonender Umgang mit Ressourcen und eine Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien gefördert werden soll.

Ein Bedarf an Speichern ergibt sich gemäss BFE-Bericht vom 12. Dezember 2013 nach dem Jahr 2020, und zwar hauptsächlich in ländlichen Niederspannungs-Verteilnetzen. Während der Bedarf zunächst gering ausfällt, steigt dieser mit der deutlichen Erhöhung der Produktion aus dargebotsabhängigen Quellen im Zeitraum bis 2050 deutlich an.

Auf Ebene des Gesamtsystems treten temporäre Überschüsse auf, die weder durch die vorhandenen Pumpspeicher noch durch Exporte aufgenommen werden können. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Produktion aus PV-Zellen in der Schweiz sehr stark mit der Produktion von Solaranlagen in Deutschland korreliert. Aus diesem Grund treten Überschüsse in der Schweiz regelmässig gleichzeitig mit entsprechenden Überschüssen in Deutschland auf, was das Exportpotenzial deutlich einschränkt.

Langfristig gesehen gibt es gute Gründe für eine spezifische Förderung von Speichern. Dies gilt insbesondere deshalb, da die Erlösmöglichkeiten der (dezentralen) Speicher im Strommarkt selbst

nicht ausreichen, um die notwendigen Deckungsbeiträge zur Finanzierung ihrer Kapitalkosten zu erwirtschaften. Das heisst, bei einer Beibehaltung der gegenwärtigen Regulierung würden gemäss BFE auch in der Zukunft keine (ausreichenden) Anreize zu Investitionen in dezentrale Speicher bestehen.

Es muss geprüft werden, ob es inskünftig sinnvoll ist, in jedem Haus einen eigenen Speicher zu installieren, oder ob es zielführender ist, lokal grössere Speicher für mehrere Haushalte/Dörfer zu fördern, und wie der Kanton günstige Rahmenbedingungen für die diversen Akteure setzen kann. Eine entsprechende Strategie/Planung ist im Hinblick auf die kommenden Herausforderungen wichtig.

Antwort des Regierungsrats

Der Regierungsrat teilt die Einschätzung des Motionärs, dass der Speicherung von Energie künftig eine Schlüsselrolle zukommen wird. Die Energiefachleute in der kantonalen Verwaltung verfolgen denn auch mit grossem Interesse die viel versprechenden Entwicklungen und sind sich der damit verbundenen Herausforderungen bewusst.

Die Instrumente der kantonalen Energieplanung sind im kantonalen Energiegesetz geregelt: Kernstück ist die kantonale Energiestrategie (aktuell von 2006), die der Regierungsrat periodisch überprüft und zu deren Umsetzung er periodisch Massnahmenpläne erlässt. Allfällige Anpassungen der Energiestrategie, regelmässige Berichte zum Stand der Umsetzung und die jeweils aktuellen Massnahmenprogramme werden dem Grossen Rat zur Kenntnisnahme unterbreitet. Letztmals geschah dies in der Novembersession 2015 für die Massnahmenplanung bis 2018.

Im Rahmen der Arbeiten für die nächste Überprüfung der kantonalen Energiestrategie und die Umsetzungsplanung ab 2019 werden insbesondere auch die zukunftsweisenden Entwicklungen im Bereich «Energiespeicher» zu berücksichtigen sein. Ob und wie eine gezielte Förderung der Energiespeicherung Anpassungen der Energiestrategie notwendig machen und bereits in die nächste Massnahmenplanung einfließen wird, wird vom weiteren – tatsächlich rasanten – Entwicklungsverlauf abhängen. Der Regierungsrat ist in diesem Sinn bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Die Erarbeitung einer separaten Strategie zur Energiespeicherung liefe hingegen der Systematik des kantonalen Energiegesetzes zuwider.

Der Regierungsrat beantragt:

Annahme als Postulat

Präsidentin. Wir kommen zum Traktandum 48, einer Motion. Der Regierungsrat ist bereit, diese als Postulat entgegenzunehmen. Wir führen eine freie Debatte. Die Motion wurde von Grossrat Masson eingereicht und wird jetzt durch Grossrätin Hässig vertreten. Sie hat das Wort.

Kornelia Hässig Winzers, Zollikofen (SP). Ich bin eigentlich Mitmotionärin, aber dies ist ein Detail. Ich möchte es vorwegnehmen: Wir sind damit einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Weshalb haben wir zwei ähnliche, voneinander unabhängige Vorstösse eingereicht? Die Thematiken Speichertechnologien und Netzstabilität sind eben aktuell und brennen unter den Nägeln. Elektrischer Strom wird zu einem Schlüsselthema des nächsten Jahrzehnts werden. Der Umbau vom fossilen ins elektrische Zeitalter hat begonnen. Es deutet alles darauf hin, dass auch die individuelle Mobilität in zehn Jahren schon ganz anders aussehen wird und insbesondere ein grosser Teil mit elektrischen oder teilelektrischen Antrieben erfolgen wird. Wir müssen die dadurch nötig werdende steigende Stromproduktion schaffen. Dafür sind unsere Dächer und Speichertechnologien wichtige Stützen. Damit das funktioniert, müssen wir uns Überlegungen dazu machen, wie wir das Netz stabil halten. Die Regierung führt in ihrer Antwort denn auch aus, es sei geplant, in der nächsten Umsetzungsplanung der kantonalen Energiestrategie sicher darauf einzutreten. Deshalb sind wir auch mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden. Konkrete Massnahmen im Rahmen dieser kantonalen Energiestrategie sind uns wichtiger als ein riesiger Papiertiger in Form eines Berichts, der dann doch nichts beinhaltet. Wir warten also gespannt auf die Schlüsse und die Massnahmen, die der Kanton uns im Jahr 2019 vorlegen wird. Das dauert ja nicht mehr lange.

Präsidentin. Das Wort haben die Fraktionen. Für die SVP-Fraktion spricht Grossrat Rügsegger.

Hans Jörg Rügsegger, Riggisberg (SVP). Die SVP-Fraktion ist froh, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt worden ist, ist aber derselben Meinung wie die Regierung, dass das betreffende Thema in Zukunft sehr wichtig sein wird. Wir müssen aber weder einen Bericht noch eine zusätzliche Strategie veranlassen oder überprüfen. Es reicht völlig, wenn diese Punkte bei der nächsten Überprüfung des kantonalen Energiegesetzes (KEnG) aufgegriffen und bearbeitet werden. Deshalb wird sich die SVP-Fraktion grossmehrheitlich gegen ein Postulat stellen; es gibt auch einige Enthaltungen.

Präsidentin. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat Grossrat Jordi das Wort.

Stefan Jordi, Bern (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion ist klar der Meinung, dass der Speicherung von Energie in Zukunft eine Schlüsselrolle zukommen wird. Es ist uns schleierhaft, weshalb man sich hier gegen eine Überprüfung der kantonalen Strategie ausspricht hinsichtlich der Frage, wie der Kanton die Entwicklung oder die Frage der Energiespeicherung lösen will. Die Stromunternehmen und auch der Kanton Bern via Steuern und Wasserzins haben lange Jahre, sogar Jahrzehnte mit den Stauseen als Energiespeicherkraftwerke guten Profit gemacht und teilweise auch davon gelebt. Heutzutage rentieren diese scheinbar nicht mehr, sodass man Motionen überweisen muss – vergleiche die vorherige –, damit die Stauseen und Kraftwerke in Schweizer Hand bleiben. Ich war auch dafür. Aber nebst dem Heimatschutz müssen wir mit diesem Vorstoss auch deutlich in die Zukunft gehen respektive diese planen und die heutigen Entwicklungen antizipieren. Die Batterien von heute werden durch den technologischen Wandel und ihre Entwicklung zu den Stauseen der Energie von morgen. Wir bitten den Grossen Rat, die Innovationskraft des Kantons Bern zu unterstützen und dieses hierfür exemplarische Postulat anzunehmen. Besten Dank für die Unterstützung.

Daniel Klauser, Bern (Grüne). Ich kann es vorwegnehmen: Wir unterstützen dieses Postulat. Ich möchte auch der Verwaltung noch einige Dinge mit auf den Weg geben und auf meinen Vorredner Bezug nehmen. Es besteht immer die Gefahr, dass man die Wasserkraft als Grossspeicher, der vor allem auch für die saisonale Speicherung nützlich ist, und die lokale dezentrale Speicherung gegeneinander ausspielt. Ich glaube, dass dies gefährlich ist, weil es beides braucht. Es braucht sowohl die grossen als auch die dezentralen Speicher für ein erneuerbares Energiesystem, das funktioniert. Bezüglich der Forderungen im Postulat in Ziffer 3 ist von finanziellen Anreizen die Rede. Dieser Punkt war bereits im vorhergehenden Vorstoss, der dann zurückgezogen wurde, unter Ziffer 2 enthalten.

Betreffend die steuerlichen Anreize hat die Regierung gesagt, sie habe keine Möglichkeiten dazu. Wir sehen das etwas anders. Es gibt sehr wohl Möglichkeiten, gerade, was lokale Batterien in Gebäuden anbelangt. Da hat man nämlich die Möglichkeit festzulegen, ob man die Batterie als Teil des Gebäudes sieht und sie entsprechend beim Eigenmietwert berücksichtigt oder nicht. Hier hat der Kanton sehr wohl Möglichkeiten, finanzielle Anreize zu schaffen, indem die Batterie eben nicht zum Eigenmietwert hinzugezählt wird, weil sie mobil ist. Ob sie da steht oder in einem Auto installiert ist, spielt dann keine Rolle mehr. Insofern hätte die bernische Steuerverwaltung durchaus Möglichkeiten, finanzielle Anreize zu setzen. Ich bitte die Verwaltung, diesen Aspekt bei der Überarbeitung der Strategie in ihre Überlegungen aufzunehmen. Wie die Postulantin bereits gesagt hat, wollen wir aufgrund dieses Postulates auch keinen zusätzlichen Bericht als grossen Papiertiger auslösen.

Ueli Frutiger, Oberhofen (BDP). Die BDP-Fraktion unterstützt diesen Vorstoss als Postulat. Wir sind ebenfalls der Meinung, es solle nicht viel Aufhebens daraus gemacht werden, damit nicht irgendein 50-seitiger Bericht erstellt werden muss. Im Zuge der anderen Förderungsmaßnahmen kann diese Massnahme jedoch auch aufgenommen werden, um sie umzusetzen. Ein Entgegenkommen auf steuerlicher Seite, wie es mein Vorredner erwähnt hat, wäre auch kein Fehler.

Katharina Baumann-Berger, Münsingen (EDU). Wenn wir unsere Energieversorgung auch künftig sicher, stabil, übers ganze Jahr und möglichst unabhängig sichern wollen, müssen innovative Technologien geprüft und gefördert werden, damit beispielsweise überschüssige Sommerenergie für den Winter gespeichert werden kann. Die EDU-Fraktion unterstützt das Anliegen als Postulat.

Präsidentin. Gibt es weitere Fraktionen, die sich äussern möchten? Wünschen Einzelsprecherinnen, Einzelsprecher das Wort? Wir führen eine freie Debatte, aber es möchte sich niemand mehr

äussern. Ich frage die Regierungsrätin, ob sie dazu sprechen will. – Das ist der Fall. Sie erhält das Wort.

Barbara Egger-Jenzer, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin. Nur ganz kurz an alle, welche auch das Postulat, in welches die Motion umgewandelt worden ist, ablehnen wollen. Wir überprüfen die kantonale Energiestrategie so oder so. Dies ist in der Energiestrategie alle vier Jahre vorgesehen. Im nächsten Jahr wird die Überprüfung wieder beginnen. Das ist ein üblicher Prozess, den der Grosse Rat schon mehrmals mitgemacht hat. Im Rahmen dieser Überprüfung werden wir, wie in unserer Antwort beschrieben, auch neue Technologien mit Energiespeicher prüfen und schauen, was diesbezüglich getan werden kann. Ich glaube, Sie vergeben sich nichts, wenn Sie hier ein Postulat unterstützen.

Präsidentin. Wir kommen zur Abstimmung. Die Motion ist in ein Postulat umgewandelt worden. Wer die Motion als Postulat annimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme als Postulat

Ja	95
Nein	34
Enthalten	5

Präsidentin. Das Postulat ist überwiesen worden mit 95 Ja- gegen 34 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.